

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 3.50, vierteljährlich 10.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 10.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., auswärts 50 Pfg., Reklamezeilen 1.25 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Schriftleitung: Ch. Hack, beide in Wildbad.

Nummer 82

Wildbad, Montag, den 12. April 1920.

54. Jahrgang

Der französische Friedensbruch.

Wer es noch nicht wußte, dem verkündete es der französische General Degoutte, der Oberbefehlshaber der verbündeten Besatzungstruppen, in einem Aufruf an die Bevölkerung: die deutschen Städte Frankfurt a. M., Domburg, Hanau, Darmstadt und Dieburg sind nur deshalb vor den Franzosen mitten im Frieden überfallen worden, weil die französischen Herren Generale mit ihren Herren Regimentsführern die deutsche Arbeiterschaft gegen eine — deutsche Militärpartei schützen müssen. Die französischen Zwingherren, die jetzt in den verwaisteten Städten mit schärfstem Belagerungszustand, mit Post und Nachrichtenunterbindung, Verkehrsperre, Verbot des Ausgehens auf der Straße, Feiernsverböten usw. ihr Wesen treiben, die sind — keine Militärpartei? Und die rote bewaffnete Macht, die das Industriegebiet gewaltvoll unter die Rätherrschaft bringen wollte, ist auch keine Militärpartei? Nun, sie wäre in dem Augenblick als eine solche betrachtet worden, in dem es den Franzosen so in den Aram gepaßt hätte. Den französischen Friedensbrechern ersparent es jetzt nur rechtmäßiger, die ordnungstiftende deutsche Polizeimacht als Militärpartei auszugeben. Es hat nicht viel Zweck, gegen diese elche Heuschrecke mit Verminstgründen anzugehen. Die Franzosen verüben Unrecht und Gewalt, weil sie die Macht dazu haben. Und sie werden damit fortfahren, solange sie die Macht dazu haben. Der für jeden vernünftigen Menschen gegebene Tatbestand ist klar und deutlich festzustellen.

Der Friedensvertrag ist unterschrieben. Tatsächlich hatte ja in den letzten Monaten in steigendem Maße eine Art von Verwesung des sogenannten Friedens von Versailles eingeseht. Der innerstaatliche Meinungsstreit bei den Nachwahlen in Großbritannien drehte sich um das Verlangen nach Wänderung des Versailles Unrechts. Die Vereinigten Staaten zogen sich mehr und mehr von der Mitverantwortung an der Aufrechterhaltung der durch Wilsons Unvermögen mitverschuldeten Lage in Europa zurück. Aber Frankreich klammerte sich an seinen ihm in Versailles unterschriebenen Schein. Die Voraussage, daß unsere Unterzeichneten nicht einmal die äußere Form des Friedenszustands sichern werde, sondern daß der Kriegszustand nur verehigt worden sei, hat sich jetzt bestätigt. Frankreich will sich auch heute noch in dauerndem Kriegszustand mit Deutschland befinden. Es hat deutsche Städte überfallen, wie es in der früheren Geschichte stets deutsche Städte und Völker überfallen hat, wenn Deutschland ohnmächtig und wehrlos war. Ob es Königreich, Kaiserreich, oder Republik war, Frankreich ist als ewig unruhiger und angreifslustiger Nachbar Deutschlands sich immer gleich geblieben bis zum heutigen Tag.

Frankreich hat vor aller Welt durch die Tat bekundet, daß kein Friede herrscht. Wir dürfen diese Tatsache, daß in Versailles der Friede nicht zustande gebracht worden ist, nicht wieder verüben helfen. Die Welt braucht den Frieden, nicht wir allein. Die Welt hat keinen Frieden, solange der französische Militarismus nach Herzenslust Krieg gegen uns führen darf. Entweder sind uns also die Arme freigegeben zur Wehr, zu der sich Deutschland schon wieder einmal in der Zukunft wird aufrufen können. Oder man hat uns in unserer gegenwärtigen Wehrlosigkeit zu schützen. Ein Drittes gibt es nicht. Das mindeste, was wir verlangen, und was wir auch wohl erreichen können, ist, daß endlich klar und eindeutig vor unserer Volke und vor dem Ausland Farbe bekannt werde von allen denen, die das Wort von dem zu bekämpfenden Militarismus und dem Völkerrrecht zum Schlagschrei der Welt gegen uns gemacht haben. Lüge und Selbsttäuschung sind unsere gefährlichsten Feinde. Jeder Deutsche, jeder Angehörige der gebildeten Völker brauchen soll endlich einmal sicher und bestimmt wissen, was ein waffenloses Deutschland für alle Zukunft zu erwarten hat.

Es steht fest, daß Frankreich seinen Gewaltstreich vom 6. April auf eigene Faust ausgeführt hat, gegen den noch am 25. März die Pariser Botschafterkonferenz Einspruch erhoben hat. Dem französischen Einfluß oder Geld war es ja wohl möglich gewesen, die Presse in London, vor allem die „Times“ Northcliffe, und in einigen neutralen Länder für einige Tage zu der Ansicht zu bringen, daß die Besetzung ganz im Sinne der Ver-

bündeten liege. Dem Sachverhalt hat nun aber das Einschreiten des englischen Ministeriums ein Ende gemacht. Das englische Kabinett hat gegen das eigenmächtige, gefährliche und im Grund durchaus vertragsbrüchige Vorgehen der Franzosen Widerpruch erhoben und halbamtlich wurde erklärt, England, Italien, die Vereinigten Staaten und Belgien haben sich dem Ansinnen Frankreichs widersetzt. Für die drei erwähnten Staaten mag es zutreffen, wenn aber auch Belgien auf der Botschafterkonferenz gegen die Besetzung gestimmt haben sollte, dann ist es nur ein Beweis für das lächerliche Doppelspiel, das Belgien auch in dem Jahrzehnt vor dem Krieg schon getrieben hat. Denn Belgien hat jetzt, um Frankreich einen „Beweis seiner unwandelbaren Freundschaft“ zu geben, nicht nur alle seine Eisenbahnen und Straßen für französische Truppentransporte zur Verfügung gestellt, sondern auch an dem verräterischen Ueberfall unmittelbar teilgenommen. Wenn der Gernegroß vielleicht meinte, sich damit der durch die Gnade des Verbands wozugewonnenen Erhebung zur „Großmacht“ würdig erweisen zu müssen, so dürfte sich das kleine Belgien, das an Umfang etwa anderthalb mal so groß ist als Württemberg, doch getäuscht haben. Das Einschreiten Englands und der übrigen Verbandsmächte braucht in deutschem Sinne nicht allzuhoch angeschlagen zu werden; jedenfalls ist es nicht aus Neigung für Deutschland, sondern mehr im eigenen Interesse und im Interesse der Wiederherstellung geordneter wirtschaftlicher Verhältnisse in Europa, in letzter Linie im Interesse der Anbahnung

des Weltfriedens, der durch Frankreich zu Schutze verlegt worden ist, geschehen. England und Amerika werden es eben nicht dulden können, daß Frankreich auf eigene Faust sich in den Besitz der wichtigsten wirtschaftlichen Mittelpunkte setzt, um der englischen und amerikanischen Konkurrenz den Rang abzulaufen. Italiens Interessen befinden sich hierin ganz im Uebereinstimmung mit denen Englands und Amerikas. Aber schon die Tatsache, daß der Gewaltpolitik des französischen Militarismus ein deutliches Halt! zugerufen wird, ist das Gegenteil von einer Vermehrung des „Prestige“, des Ruhms, es ist eine fürchterliche Blamage. Und an dieser hat die „Großmacht“ Belgien jetzt reichlich Anteil.

Man kann noch nicht wissen, wie die Sache sich wenden wird. Zunächst wird wohl einmal antlich und halbamtlich gehörig gelogen werden, um zu vertuschen, beschönigen und verdecken. Es wird aber auch noch alles an den Tag kommen und am Ende wird es vielleicht Deutschland ergeben wie dem Frosch in der Fabel, um den sich zwei neidische Enten stritten: mit einigen Beulen kam der arme Kerl davon, aber die Enten hatten beide das Nachsehen.

Der Westen gegen Berlin.

Berlin, 11. April.

Vertreter der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften und des Reichswehrverbands aus dem Ruhrgebiet waren in Berlin eingetroffen, um mit der Reichsregierung über Maßnahmen gegen die unhaltbaren Zustände im westlichen Industriegebiet zu verhandeln. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet, forderten die Vertreter der Reichswehr eine schnelle Bestrafung der Anführer, die bei einer schweren Skandalat gefaßt wurden. Es sei unmöglich, daß ein Kriegsgericht weit hinter der Front die Aburteilung vornehme, sonst werden die Verbrecher erst nach langer Zeit und viel zu milde verurteilt. Die Reichswehr werde so lange Gewehr bei Fuß stehen, bis ihre Hauptforderungen erfüllt seien. Das Reichswehrministerium habe nun allerdings die Einsetzung von Kriegsgerichten an der Front zugesagt. Die Truppen verlangen ferner, daß die Nebenregierung der Berliner Gewerkschaften beseitigt werde; die Soldaten werden es nicht mehr dulden, daß die Gewerkschaften in allen Fragen sich maßgebend einmischen. Im Westen habe man die Berliner Schlammei satt. Täglich werden es mehr, die die Angelegenheiten des Westens ohne Berlin ordnen wollten. Das Ruhrgebiet müsse von den linksradikalen Elementen gesäubert werden. In allen diesen Forderungen seien die militärischen und gewerkschaftlichen Vertreter des Westens einig. Der Reichsregierung wurden so scharfe Vorwürfe gemacht, daß Minister Bauer sich dagegen verwahren mußte. Zwischen den westlichen

und den Berliner Gewerkschaftlern kam es zu scharfen Zusammenstößen.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Geldmarkt. Auf den gewaltsamen Einmarsch der Franzosen in den deutschen Maingau folgte ein starker Fall der französischen Valuta. In Zürich hat die deutsche Mark am Freitag zum erstenmal seit langer Zeit den Stand von 10 Rappen überprungen. Sie konnte sich freilich darauf nicht halten und blieb schließlich mit 9.40 Rappen gesteckt, was aber immer noch einen schönen Fortschritt gegen die letzte Woche bedeutet, wo die deutsche Devisen in Zürich mit 8 Rappen geschlossen hatte. Auch in der Ueberwertung der Edelmetalle wird ein Rückschlag angekündigt, so besonders in Silber. Es verläutet, daß die Reichsbank demnächst den Preis von 8 auf 6 Mark herabsetzen werde. Die Hamsterer von Markstücken werden gut tun, sich ihrer Schätze allmählich zu entledigen.

Börse. Der letzte Börsentag in der Berichtswache war matt und lustlos. Auf den Effektenmärkten umfaßte der Kursrückschlag so ziemlich alle Spekulationspapiere. Dagegen blieben die deutschen Anleihen gut behauptet. Tägliches Geld notierte zuletzt viererhalb, der Privatdiskont 4 fünf Achtel Proz.

Produktenmarkt. Eine ausgesprochene Mattigkeit in Haber und in Hülsenfrüchten kennzeichnet die Stimmung an den Produktenbörsen. Haber notierte voriges Jahr am 18. August in Berlin 1100 Mk., die Sonne, am 31. Dezember 2400 Mk., am 15. Januar d. J. 2840 Mk., am 30. Januar 3700 Mk., am 14. Februar 4400 Mk., am 5. März 4800 Mk., am 30. März 4000 Mk. und am 8. April 3700 Mk. Ähnlich die Hülsenfrüchte, besonders Erbsen. Auch Heu und Stroh sinken jetzt schnell, wozu die milde und feuchte Frühjahrswitterung viel beiträgt. Der Zentner Heu, der noch bis vor kurzem bis zu 100 Mark kostete, wird jetzt um 30 Mark angeboten. Auch in Hopfen ist ein Preisrückgang wahrzunehmen, obgleich der deutschen Hopfenbauverein mit mindestens 2000 bis 3000 Mk. für die neue Ernte rechnet und vor einer Einschränkung der Anbaufläche warnt.

Warenmarkt. Die neue Erhöhung der Kohlenpreise ist nunmehr Tatsache. Die Eisenpreise werden noch einmal folgen, doch ist auch hier zu hoffen, daß wir den höchsten Stand erreicht haben und bald einen Abwärtsschlag erleben werden. In Leder macht er sich bereits bemerkbar, leider aber noch nicht in den Schuhwaren. In Textilartikeln rechnen Fachblätter mit der Möglichkeit eines Preisrückgangs, der aber in Spin- und Webstoffen noch nicht eingetreten ist. Immerhin wird vor einer weiteren Vermehrung der Warenlager gewarnt.

Wiedermarkt. Vieh- und Pferdewerke werden immer feltener wegen der Seuchen. Die Ferkelpreise erhalten sich noch auf ihrer Höhe.

Holzmarkt. Man spricht schon viel von einem großen Sturz der Holzpreise. Bei den letzten Langholzversteigerungen im Schwarzwald gab es in der Tat eine Ernüchterung, aber die Schnittwaren blieben unverändert teuer. Es bestehen gewaltige Lager. Die Lage des Marktes steht vor einer Krise. Man kann nur wünschen, daß der unausbleibliche Konjunkturrückgang sich in einem nicht überstürzten Tempo vollzieht, weil sonst zahllose Bankrotte auch von Nichtspekulanten kaum vermeidbar wären.

Neues vom Tage.

Der neue Außenminister.

Berlin, 11. April. Zum Reichsminister des Auswärtigen ist Dr. Adolf Köster ernannt worden. — Köster, der Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist, war Redakteur und ein gewandter Schriftsteller. Nach der Revolution wurde er im Preiskant der Reichskanzlei verwendet. Als die Verhältnisse in Nordschleswig für die Abtümung vorzubereiten waren, wurde Köster als Reichskommissar mit der Ausführung beauftragt. Er 37 Jahre alt.

Die Presse bringt fast durchweg ihr Erstaunen zum Ausdruck, daß in der schweren Zeit, wo nur erprobte Männer mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten betraut werden sollten, eine Wahl getroffen wurde, für die keinerlei solche Voraussetzungen zutreffen. Köster sei ein Neuling in dem Fach. Die „Freiheit“ spricht von einer „unmöglichen Ernennung“, während der „Vorwärts“ auf Köster die besten Hoffnungen setzt.

Protest der Arbeiter gegen das neue Wahlgesetz.

Berlin, 11. April. Nach Par. 32 des neuen, noch in Vorbereitung befindlichen Reichswehrgesetzes ist bestimmt, daß Soldaten nicht wählen dürfen. Die Reichswehr will gegen diese Wahlrechtverletzung Einspruch einlegen, da sie der Verfassung widerspreche. Nach Ansicht der Reichswehr ist der Soldatenstand ein gleichberechtigter Stand, der keine Ausnahmegebung duldet. Der demokratische Gedanke verlangt, den dreißigjährigen Soldaten nicht schlechter zu stellen, als den zwanzigjährigen Arbeiter.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 11. April. Die Reichsregierung hat die Entente um die Verlängerung der Räumungsfrist für die neutrale Zone (10. April.) ersucht.

Die deutsche Regierung hat den Obersten Rat ersucht, die Frist für die Herabsetzung der deutschen Vorratbestände um drei Monate zu verlängern.

Der Berichterstatter des „Manchester Guardian“, Voigt, soll in Essen von Reichswehrtruppen verhaftet worden sein. Bis zu seiner Entlassung am Abend sei ihm nach Behauptung des Blatts übel mitgespielt worden. Auf Veranlassung des englischen Geschäftsträgers hat das Auswärtige Amt strenge Untersuchung angeordnet.

Berlin, 11. April. Justizrat Siehr in Jasterburg ist mit der kommissarischen Verwaltung der Geschäfte des Oberpräsidenten in Königsberg beauftragt worden.

Holländischer Kredit.

Amsterdam, 11. April. „Algemeen Handelsblad“ meldet: Das Abkommen mit Deutschland betreffend einen Lebensmittelkredit von 25 Millionen Gulden ist unterzeichnet worden.

„Peinliche Lage“.

London, 11. April. Alle Morgenblätter besprechen die peinliche Lage, die infolge der britischen Note gegen die Besetzung von Frankfurt entstanden ist. Lloyd George werde seine Reise nach San Remo wahrscheinlich verschieben. — Die „Times“ schreiben, die britische Note sei der härteste Stoß, der bisher den englisch-französischen Beziehungen zugefügt worden sei.

Die „Westminster Gazette“ tritt für eine Lösung der mit Deutschland bestehenden Streitfragen durch den Völkerbund ein.

Paris, 11. April. Der Londoner Korrespondent des „Petit Journal“ meldet, daß in Kreisen, die Lloyd George sehr nahe stehen, die Verwendung von karibigen Truppen zur Besetzung der Städte am rechten Rheinufer getadelt wird. Man schiebe die Verantwortung dem Marschall Koch zu.

Der ständige Verwaltungsausschuß der sozialistischen Partei hat gegen das Vorgehen der französischen Truppen in Frankfurt a. M. protestiert.

Die amtliche Meinung in Amerika.

Washington, 11. April. Nach Reuters ist das amerikanische Staatsamt der Ansicht, daß man der deutschen Regierung gestatten müsse, in das Ruhrgebiet eine

angemessene Truppenzahl zu entsenden, um die Ordnung wiederherzustellen. Frankreich ist über die Stellung Amerikas vollständig unterrichtet. Es handle sich bei der Frage um den Umfang der Unruhen und darum, ob die Regierung Ebert in der Lage sei, mit der geringen, ihr durch den Waffenstillstandsvertrag gestatteten Streitkraft die Kontrolle zu behalten.

Der Eisenbahnerstreik in Amerika.

London, 11. April. Die „Times“ melden aus New York, daß der Eisenbahnerstreik sich jetzt vom Atlantischen bis zum Stillen Weltmeer ausbreite. In Chicago sei die Lage sehr ernst.

Die Eisenbahner fordern eine Lohnerhöhung von 1 Pfund Sterling die Woche.

Die Erholung der deutschen Mark.

Die letzten 5 Wochen zeigen eine sehr erhebliche Erholung der deutschen Mark im Ausland. Die folgende Tabelle kennzeichnet das. Es mußten bezahlt werden am 1. März in Paris für 100 Frs. 703 Mk., am 31. März 470 Mk., am 7. April 38 Mk. (dazu hat allerdings hauptsächlich das starke Sinken des französischen Franken beigetragen), in der Schweiz für 100 Franken 1315 Mk., 1250 Mk., 1107 1/2 Mk., Holland für 100 Gulden 3630, 2660, 2337 1/2 Mk., in Italien für 100 Lire 512 1/2 Mk., 311 Mk., 246 Mk., in New York für 1 Dollar 100 Mk., 71,74, 60 Mk. — Während der Einmarsch der Franzosen die Erholung der Mark beschleunigt hat, ist der französische Franken gleichzeitig im neutralen Ausland gefallen. Die letzten Meldungen aus der Schweiz bringen einen Kurs von knapp 36 Centimes für den (französischen) Franken, also wenig mehr als ein Drittel des Friedensstands. In ganz kurzer Zeit hat sich das Verhältnis der Mark zum Franken von 1 zu 7 1/2 auf 1 zu knapp 4 verändert, d. h. der französische Franken kostet heute nur noch 4 Mk. Es ist anzunehmen, daß sich der Arbeitsmarkt in Deutschland gänzlich geöffnet hat. So waren z. B. bei Krupp in der dritten Märzwoche 88 Prozent aller Arbeiter am Werk; die Kohlenförderung blieb fast ausnahmslos und der Außenhandel hat sich zu ungemein gut erholt.

— Der Rohwollpreis ist an der Berliner Börse auf 175 und 168 Mk. für den Zentner zurückgegangen. Die politischen Verhältnisse drücken auf die Kaufkraft, die Händler haben überdies bereits große Lager und der Bedarf der Gemeinden und Fabriken zur Verarbeitung für Rohwolle ist reichlich gedeckt. Madererpreis wirkt

auch die sich bessernde deutsche Valuta auf die Preise ein.

— Die Wuchergerichte. Das preussische Kammergericht hat entschieden, daß die Wuchergerichte mit den Gesetzen und der Verfassung nicht in Widerspruch stehen.

Brand. Die Arnstädter Papierfabrik im Kreis Hirschberg (Schlesien) ist niedergebrannt. Der Schaden beträgt 1 Million Mark.

Vermischtes.

Biernot in Bayern. Das Bayerische Landwirtschaftsministerium hat den Brauereien mitgeteilt, daß von den 15 Proz. Gerste, die ihnen zugewiesen waren, wieder 5 Proz. beschlagnahmt werden für eine Reserve zur eventuellen Streckung des Brotgetreides. Nach einer Erklärung der Handelskammer in Regensburg sind von den 15 Proz. Gerste bereits 7 1/2 Proz. verbraucht; es würden also nur noch 2 1/2 Proz. Gerste (statt 7 1/2 Proz.) für den Sommer zur Verfügung stehen. Es gibt also nur zwei Möglichkeiten: entweder 1 Prozentiges Bier herstellen, um die Menge zu strecken, oder aber 3 1/2 Prozentiges weiter herstellen. Im letzten Fall wäre aber die Biernot und eine ungeheure Verteuerung des Biers die notwendige Folge.

Ein Drama in den Lüften. Ein erschütternder Vorgang hat sich zwischen Eindeck und Eindeckbojen (Westfalen) abgespielt. Dort waren ein Doppeldecker und ein Eindecker der Reichswehrtruppen aufgestiegen. Die beiden Flugzeuge kreisten eine Zeitlang über der Gegend und führten allerlei Kurven und Wendungen aus. Augenzeugen hatten den Eindruck, als ob ein Angriff des Eindeckers auf den Doppeldecker vorgenommen werden sollte. Als der Eindecker wieder auf den Doppeldecker zusagte, wurde der letztere aus dem Himmel entführt, er verlor sein Höhenmesser, überfüllte sich und stürzte ab. Das Flugzeug ging dabei völlig in Trümmer; die beiden Insassen, ein Leutnant und ein Unteroffizier, waren sofort tot. Der Eindecker kreiste weiter über die Unfallstelle und flog immer niedriger, als ob der Führer, ein Feldwebel, sich von dem Schicksal seiner Kameraden überzeugen wollte. Dann flog das Flugzeug bis auf etwa 2000 Meter Höhe und stürzte dann, zum Entsetzen der zahlreichen Augenzeugen, plötzlich senkrecht ab, den unglücklichen Führer mit sich zermalmend. Zweifellos hat der Feldwebel, nachdem er gesehen hatte, daß seine beiden Kameraden bei dem Absturz getötet worden waren, freiwillig den Tod gesucht.

Inseriert im Wildbader Tagblatt!

Dauerndes inserieren führt zum Erfolg.

Verfügung des Ministeriums des Innern, Abteilungsleiter für das Hochbauwesen, betr. Teuerungszuschläge zu den Kaminfebergergebühren, vom 30. März 1920, Nr. 579.

Auf Grund des § 19 Abs. 2 der Kaminfegeordnung vom 29. Juli 1919 (Reg. Bl. S. 204) wird mit Rücksicht auf die fortschreitende Verteuerung der Lebenshaltung für die sämtlichen Kaminfegebezirke des Landes mit Ausnahme des Stadtdirektionsbezirks Stuttgart und der Oberamtsstädte Eßlingen, Heilbronn, Ludwigsburg, Neutlingen, Tübingen und Ulm, soweit deren Bezirke auf den Gemeindebezirk beschränkt sind (zu vergl. § 19 Abs. 2 S. 2 a. a. O. in Verbindung mit § 77 der Reichsgewerbeordnung) eine Teuerungszulage von je 100 Proz. zu den Sätzen der bestehenden Gebührenerordnung (Verfügungen der Regierung des Neckarkreises vom 28. Juni 1919 Nr. 6739, der Regierung des Schwarzwaldkreises vom 2. Juli 1919 Nr. 5876, der Regierung des Jagstkreises vom 30. Juni 1919 Nr. 3385 und der Regierung des Donaukreises vom 14. Juli 1919 Nr. 5221) mit Wirkung vom 1. Januar 1920 ab hiemit festgesetzt.

Scheurlen.

Gemäß vorstehender Verfügung ist die 100 % Teuerungszulage ab 1. Januar 1920 zu erheben. Dies hat zur Folge, daß in diesem Quartal die seitherigen Reinigungsgebühren dreifach zu erheben sind.

Wildbad, den 10. April 1920.

Stadtschultheißen-Amt: Wähler.

Geschäftsdruckfachen jeder Art

liefert schnellstens

Buchdruckerei Wildbader Tagblatt.

Unterzeichneter erklärt, daß er unter heutigem als Gemeinderat

sein Mandat niederlegt.

Wildbad, den 12. April 1920.

W. Wurz z. Eintracht.

Als Vermählte grüßen:

Robert Schmid

Berta Schmid

geb. Beck

Wildbad, 10. April 1920

Kathol. Frauenbund

Wildbad.

Dienstag nachmittag 3 Uhr in der „Reinbachbrauerei“

Versammlung mit Vortrag,

zwecks Gründung einer Abteilung des Kath. Frauenbundes, wozu alle Frauen, Jungfrauen und Freunde der Sache, auch aus der Männerwelt herzlich eingeladen sind.

Rednerin: Frau Philipp aus Pforzheim.

Kein Eintrittswang!

J. H.: Fülcher, Stadtpfarrer.

Depositen-Bücher.

Wir bitten die Inhaber von Depositenbüchern (Sparbüchlein), diese zum Nachtragen des Abschusses auf 31. Dez. 1919 an unserer Kasse von 9 bis 12 Uhr vorm., von 1/3 bis 5 Uhr nachm., Samstag von 9 bis 12 Uhr vorzulegen.

Direction der Dicono-Gesellschaft Zweigstelle Wildbad (vorm. Stahl u. Federer N. G., Filiale Wildbad).

Gut erhaltenen Kinderwagen

sucht zu kaufen. Wer sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Einen ordentlichen Lehrling

nimmt in die Lehre Karl Treiber, Bäckermeister.

Sonntag verloren

eine goldene Uhr von der Hauptstraße nach dem Rennbachthal zum Panoramaweg. Der ehrliche Finder wird gebeten, sie auf der Redaktion abzugeben gegen gute Belohnung.

Ein bereits noch neues schwarzseidenes

Hochzeitskleid,

mittl. Figur, hat preiswert zu verkaufen.

Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Geschäftshaus

oder Fabrikantwesen gleich welcher Art u. Größe, auch wenn Umbau notwendig, sofort von schnellentschlossenem Käufer bei jeder verlangten Anzahlung zu kaufen gesucht. Angebote unter N. E. 883 an Rudolf Mosse Stuttgart erbeten.

Frostheil in Tuben

Cosmetikum

bei Frostbeulen von sicherer Wirkung. Bei Gebr. Schmit, Grundbesitzer, Nachf. Drogerie Wildbad.